



---

## Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der 20. Wahlperiode

---

### I. Zahlen und Fakten

In der 20. Wahlperiode führte der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Familienausschuss) in der Zeit vom 15.12.2021 bis zum 16.03.2025 insgesamt 87 Sitzungen durch, zunächst nicht öffentlich und ab der 30. Sitzung öffentlich. Davon waren 18 Sitzungen öffentliche Anhörungen – meistens zu federführend zu beratenden Gesetzentwürfen und Anträgen. Den Vorsitz hatte die Abgeordnete Ulrike Bahr (SPD) inne. Stellvertretende Vorsitzende war die Abgeordnete Astrid Timmermann-Fechter (CDU/CSU).

In der 20. Wahlperiode gehörten dem Familienausschuss 38 ordentliche Mitglieder, 38 stellvertretende Mitglieder und ein beratendes (fraktionsloses) Mitglied. Die Liste der Mitglieder befindet sich auf den letzten Seiten im Anhang.

Insgesamt wurden dem Ausschuss 469 Vorlagen überwiesen, davon 99 zur federführenden Beratung. Von diesen 99 federführenden Beratungsvorlagen waren 21 Gesetzentwürfe, 33 Anträge, 1 Entschließungsantrag, 31 Unterrichtungen und 13 EU-Vorlagen. In der 20. Wahlperiode hat der Familienausschuss 23 Beschlussempfehlungen und Berichte zu den zur federführenden Beratung überwiesenen Vorlagen (Gesetzentwürfe und Anträge) abgegeben, die auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurden (<https://www.bundestag.de/familie>, Archiv).

Der Familienausschuss setzte zwei Unterausschüsse ein, die „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ (Kinderkommission, KiKo) sowie den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ (UABE).

Die Kinderkommission führte in der 20. Wahlperiode 12 nicht öffentliche Sitzungen, 33 öffentliche Sitzungen und einen Auswärtstermin (gemeinsam mit dem Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“) zum Ankunftszeit für Geflüchtete aus der Ukraine am Berliner Hauptbahnhof durch. Es wurden Tätigkeitsberichte über die Sitzungszeiten sowie Stellungnahmen erstellt, die auf der Webseite verfügbar sind. Darüber hinaus wurden die alljährlichen Aktionen zum Red Hand Day durchgeführt. Die Sitzungen wurden – soweit möglich – live und im Internet übertragen und sind ebenfalls auf der Webseite abrufbar. Die entsprechend erstellten Wortprotokolle ebenfalls (<https://www.bundestag.de/kiko>).

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ führte insgesamt 30 Sitzungen durch, davon 26 öffentliche und 4 nicht-öffentliche Sitzungen. Gemeinsam mit der Kinderkommission besuchte der UABE am 18. Mai 2022 das Ankunftszeit für Flüchtlinge aus der Ukraine am Hauptbahnhof in Berlin, außerdem die Berliner Stadtmission am 10. April 2024 und eine Vorstandssitzung des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf am 13. November 2024. Der UABE erstellte einen Tätigkeitsbericht, der auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages

veröffentlicht wurde (<https://www.bundestag.de/buergerschaftliches-engagement>). Die stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Abg. Ariane Fä-scher, berichtete zweimal jährlich im Hauptausschuss über die Arbeit des UABE.

## II. Beratungsschwerpunkte der 20. Wahlperiode

### 1. Gesetzentwürfe

Folgende 15 Gesetzentwürfe hat der Familienausschuss federführend beraten und größtenteils zum Abschluss gebracht:

1. **Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (BT-Drs. 20/1332).**  
Die Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zielte darauf ab, dass eine Person als Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durch den Deutschen Bundestag für fünf Jahre auf Vorschlag der Bundesregierung gewählt werde, wobei einmalige Wiederwahl ermöglicht werden sollte. Das Amt der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollte als Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung ausgestaltet werden. Weiterhin sollten Beteiligungsrechte gesetzlich geregelt werden.  
Der Ausschuss hat am 27.04.2022 die Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/1542).
2. **Gesetzentwurf der Bundesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe (BT-Drs. 20/3439).**  
Die Änderung im Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – sah vor, die Kostenheranziehung von jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 sowie für ihre Ehegatten und Lebenspartner aufzuheben.  
Der Ausschuss hat am 09.11.2022 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/4371).
3. **Gesetzentwurf der Bundesregierung  
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) (BT-Drs. 20/3880).**  
Mit diesem Gesetzentwurf wurde der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zur Fortsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes auf Grundlage der Ergebnisse des Monitorings und der Evaluation umgesetzt. Der Bund setzte somit seine Anstrengungen fort, die Länder bei der Weiterentwicklung der Qualität der Kindertagesbetreuung zu unterstützen und die Teilhabe an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung durch die gezielte Entlastung einkommensschwacher Familien zu verbessern.  
Der Ausschuss hat am 30.11.2022 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/4725).
4. **Gesetzentwurf der Bundesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU**

**des Rates (BT-Drs. 20/3447).**

Dadurch sollten Mindestvorschriften der Europäischen Union umgesetzt werden, um die Gleichstellung von Männern und Frauen im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen und die Behandlung am Arbeitsplatz zu erreichen. Dazu sollte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Eltern oder pflegende Angehörige sind, die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben erleichtert werden.

Der Ausschuss hat am 30.11.2022 die Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/4738).

**5. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes (BT-Drs. 20/5162).**

Da die Länder festgestellt hatten, dass die Städte, Gemeinden und Jugendämter vor dem Hintergrund der nach wie vor hohen Ausbaudynamik sowie der Folgen der COVID-19-Pandemie und der Folgen des Krieges in der Ukraine vor großen Herausforderungen in der administrativen Umsetzung des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020-2021“ standen, wurden die festgelegten Fristen zum Abschluss der Investitionen sowie zum Abruf der Mittel um ein halbes Jahr verlängert.

Der Ausschuss hat am 15.03.2023 die Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/6020).

**6. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU**

**Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (BT-Drs. 20/5544).**

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges sollte die Laufzeit des Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder um ein weiteres Jahr verlängert werden, damit die Kommunen, die im Vertrauen auf den Erhalt der Fördermittel bereits Aufträge erteilt haben, im Falle eines Widerrufs von Förderbescheiden aufgrund nicht fristgerechter Mittelverausgabung die Kosten nicht selbst tragen müssen.

Der Ausschuss hat am 01.03.2023 die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/5828).

**7. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz – DFördG), (BT-Drs. 20/5823).**

Zu diesem Gesetzentwurf fand am 27.03.23 eine öffentliche Anhörung statt. Eine abschließende Beratung fand nicht statt.

**8. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung (BT-Drucksache 20/9092).**

Mit der Einführung der Kindergrundsicherung sollten bessere Chancen für Kinder und Jugendliche geschaffen, mehr Familien und ihre Kinder mit Unterstützungsbedarf erreicht sowie Kinderarmut wirksam bekämpft werden; insbesondere durch verbesserte Zugänge zu den existenzsichernden Leistungen für Familien bzw. zu Information und Beratung.

Zu diesem Gesetzentwurf fand am 13.11.23 eine öffentliche Anhörung statt. Eine abschließende Beratung fand nicht statt.

**9. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und**

---

**zur Änderung weiterer Vorschriften  
(BT-Drs. 20/9049).**

Ziel dieses Gesetzentwurfs war es, die Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen bei Auseinanderfallen des Geschlechtseintrags und der Geschlechtsidentität zu vereinheitlichen, zu entbürokratisieren und eine selbstbestimmte Änderung zur Wahrung und zum Schutz der verfassungsrechtlich geschützten Geschlechtsidentität zu regeln.

Der Ausschuss hat am 10.04.2024 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/11004).

**10. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres und zur Umsetzung weiterer Änderungen (Freiwilligen-Teilzeitgesetz)  
(BT-Drs. 20/9874).**

Durch entsprechende Änderungen des Jugendfreiwilligendienstgesetzes und des Bundesfreiwilligendienstgesetzes wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Menschen unter 27 Jahren mit Einverständnis der Einsatzstelle bzw. des Trägers Freiwilligendienste auch ohne ein berechtigtes Interesse in Teilzeit absolvieren können. Ein Anspruch darauf besteht nicht. Die Obergrenze für ein angemessenes Taschengeld wurde angehoben und die weiteren erforderlichen gesetzlichen Klarstellungen wurden in das Jugendfreiwilligendienstgesetz und in das Bundesfreiwilligendienstgesetz eingefügt.

Der Ausschuss hat am 10.04.2024 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/11069).

**11. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes  
(BT-Drs. 20/10861).**

Wichtigstes Ziel der Gesetzesänderung war, einen bundeseinheitlichen und rechtssicheren Umgang mit den sogenannten Gehsteigbelästigungen sicherzustellen. Die Verwirklichung des gesetzlichen Schutzkonzepts, das die Schwangere als letztverantwortliche Entscheidungsträgerin respektiert und ihre Rechte wahrt, sollte sichergestellt werden.

Der Ausschuss hat am 03.07.2024 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/12151).

**12. Gesetzentwurf des Bundesrates**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz  
(BT-Drs. 20/2912)**

Um die von den Kommunen umgesetzten Maßnahmen Früher Hilfen dauerhaft auf einem bundesweit vergleichbaren und bedarfsgerechten Niveau sicherstellen zu können, war es nach Ansicht des Bundesrates notwendig, den im KKG genannten Betrag in Höhe von 51 Millionen Euro ab dem Jahr 2023 bis 2025 schrittweise auf 96 Millionen Euro anzuheben und ab dem Jahr 2026 entsprechend der Entwicklung der Bevölkerung der unter Dreijährigen, der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes und des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts alle drei Jahre im Zuge der vorgesehenen Aktualisierung des Verteilschlüssels jeweils anzupassen, sofern sich daraus jeweils ein Mittelzuwachs ergibt.

Zu diesem Gesetzentwurf fand am 11.11.24 eine Anhörung statt. Eine abschließende Beratung fand nicht statt.

**13. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU**

**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze – Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt (Mutterschutzanpassungsgesetz)**

**(BT-Drs. 20/14231)**

Der Begriff „Entbindung“ wurde in den mutterschutzrechtlichen Regelungen klar bestimmt. Damit sollten Unklarheiten künftig vermieden werden und es sollte der besonderen Belastungssituation von Frauen nach einer Fehlgeburt Rechnung getragen werden. Dies erfolgte durch die Einführung gestaffelter Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt ab der 13. Schwangerschaftswoche. Frauen sollten damit künftig nicht auf eine Krankschreibung einer Ärztin bzw. eines Arztes nach einer Fehlgeburt angewiesen sein.

Der Ausschuss hat am 29.01.2025 die Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/14783).

**14. Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen**

**(BT-Drs. 20/13183)**

Mit dem Gesetz sollten die Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gestärkt und eine forschungsbasierte Berichtspflicht eingeführt werden. Außerdem sollten die Belange von Menschen, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuelle Gewalt oder Ausbeutung erfahren oder erfahren haben, stärker beachtet werden, die Aufarbeitungsprozesse in Deutschland fortentwickelt und die Prävention und Qualitätsentwicklung im Kinderschutz weiter gestärkt werden.

Der Ausschuss hat am 29.01.2025 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/14784).

**15. Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt**

**(BT-Drs. 20/14025)**

Der Gesetzentwurf verfolgte das Ziel, ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu schaffen: ein Hilfesystem, das mit geeigneten Maßnahmen vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt schützt, interveniert, Folgen mildert und präventiv tätig wird. Zielsetzung des Gesetzentwurfs war die Schaffung eines bundesweiten bedarfsgerechten Netzes an Schutz- und Beratungsangeboten, damit jeder Mensch, der von geschlechtsspezifischer oder häuslicher Gewalt betroffen ist, Hilfe erhält – unabhängig von Wohnort, Aufenthaltsstatus oder Einkommen.

Der Ausschuss hat am 29.01.2025 die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/14785).

## **2. Anträge**

Außerdem hat der Familienausschuss 17 Anträge der Fraktionen und Gruppen federführend und zum größten Teil abschließend beraten:

**1. Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Einkommensausfälle für junge Eltern beim Elterngeld auffangen – Coronabedingte Elterngeldregelungen verlängern (Drs. 20/1007).**

Der Ausschuss hat am 16. März 2022 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

**2. Antrag der Fraktion der AfD**

**Alle Corona-Maßnahmen für Kinder sofort beenden – Das Kindeswohl bei allen Corona-**

**Maßnahmen prüfen (Drs. 20/1019).**

Der Ausschuss hat am 16. März 2022 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen (Drs. 20/1334).**

Der Ausschuss hat am 6. Juli 2022 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

4. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Qualität in der Kinderbetreuung sicherstellen – Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ muss fortgesetzt werden (Drs. 20/3277).**

Der Ausschuss hat am 9. November 2022 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

5. **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

**28 Tage Elternschutz für den zweiten Elternteil ab Geburt des Kindes einführen (Drs. 20/2688).**

Der Ausschuss hat am 30. November 2022 die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der Antrag wurde zusammen mit dem Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/3447 und 20/3710 beraten.

6. **Antrag der Fraktion DIE LINKE.**

**Istanbul-Konvention vorbehaltlos umsetzen (Drs. 20/4589).**

Der Ausschuss hat am 15. November 2023 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

7. **Antrag der Fraktion DIE LINKE.**

**Entschuldigung für das Leid, welches transgeschlechtlichen Menschen sowie ihren Angehörigen widerfahren ist (Drs. 20/1354).**

Der Ausschuss hat am 15. November 2023 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

8. **Antrag der Fraktion der AfD**

**Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch – Aufarbeitungskommission mit dem Recht zur Aufklärung und Mitwirkung einrichten sowie strafrechtliche Anzeigepflicht für bestimmte Personengruppen einführen, (Drs. 20/6086).**

Der Ausschuss hat am 21. Februar 2024 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

9. **Antrag der Fraktion der AfD**

**Gegen jede Form des Rassismus, auch der anti-weißen Diskriminierung in Deutschland (Drs. 20/10367).**

Der Ausschuss hat am 13. März 2024 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

10. **Antrag der Fraktion der AfD**

**Transsexuellengesetz erhalten und den Schutz von Menschen mit Geschlechtsdysphorie verbessern Drs. 20/8203.**

Der Ausschuss hat am 10. April 2024 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

11. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen (BT-Drs. 20/8399).**

Zu diesem Antrag fand am 18.03.2024 eine öffentliche Anhörung statt. Es gab aber keine abschließende Beratung.

12. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Schwanger- und Mutterschaft für Gründerinnen und Selbständige erleichtern (Drs. 20/6911).**

Der Ausschuss hat am 26. Juni 2024 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

13. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen (BT-Drs. 20/10384).**

Zu diesem Antrag fand am 23.09.2024 eine öffentliche Anhörung statt. Es gab aber keine abschließende Beratung.

14. **Antrag der Fraktion der CDU/CSU**

**Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz, Hilfe und Unterstützungsangebote ausbauen (BT-Drs. 20/13734).**

Dieser Antrag wurde zusammen mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/14025 beraten, aber nicht abgeschlossen.

15. **Antrag der Fraktion der FDP**

**Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen – Frauenhäuser ausbauen und Prävention stärken (Drs. 20/14029).**

Der Ausschuss hat am 29. Januar 2025 die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der Antrag wurde zusammen mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/14025 beraten.

16. **Antrag der Gruppe Die Linke**

**Frauen und ihre Kinder vor Gewalt schützen – Istanbul-Konvention umsetzen – Gewalthilfegesetz jetzt beschließen (Drs. 20/13739).**

Der Ausschuss hat am 29. Januar 2025 die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der Antrag wurde zusammen mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/14025 beraten.

17. **Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

**Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen (Drs. 20/12089).**

Der Ausschuss hat am 29. Januar 2025 die Annahme des Antrags empfohlen (Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 20/14786).

### **3. Fachgespräche im Rahmen der Selbstbefassung**

Darüber hinaus führte der Familienausschuss viele Fachgespräche mit sachverständigen Gästen und wichtigen Verbänden durch, um sich im Rahmen der Selbstbefassung sachkundig zu informieren.

Folgende Fachgespräche werden hier exemplarisch aufgeführt:

- Fachgespräch mit **UNICEF Deutschland** zur **Situation in der Ukraine** (Situation der Kinder vor Ort und auf der Flucht, Handlungsmöglichkeiten der Parlamentarier)
- Fachgespräch mit dem Zukunftsforum Familie e. V. und dem Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e. V. zum Thema **Kindergrundsicherung**
- Gespräch mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Menschenhandel - KOK e. V. zu den Themen "**Menschenhandel und Ausbeutung**" sowie "**Gewalt gegen Migrantinnen**"
- Fachgespräch mit Vertreterinnen oder Vertretern des **Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI)** zum Thema "Aufwachsen in Deutschland"
- Fachgespräch zum **Dritten Gleichstellungsbericht** der Bundesregierung (BT-Drs. 19/30750)
- Gespräch mit der **Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM)** Kerstin Claus
- Gespräch mit der **Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration** Reem Alabali-Radovan
- Gespräch mit Verbänden und Vereinen zum Thema "**Inklusive Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf die anstehende SGB VIII-Reform**"
- Gespräch mit dem **Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen**, Jürgen Dusel

- 
- Fachgespräch gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss zum Thema "**Verbesserung der Situation von Kindern und Familien mit psychisch- und suchtkranken Eltern**"
  - Fachgespräch zum Thema **Weltaltenrechtskonvention** mit HelpAge Deutschland e. V. und dem Deutschen Institut für Menschenrechte
  - Fachgespräch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, insbesondere zur **Situation von Frauen in ländlichen Räumen**
  - Fachgespräch mit der **Bundestiftung Gleichstellung**, insbesondere zu ihrer Arbeit und zu ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2023
  - Fachgespräch mit dem **Bundesforum Männer** als politische Interessenvertretung für Jungen, Väter und Männer
  - Gespräch mit der **Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung**, Ferda Ataman
  - Fachgespräche mit dem **Deutschen Bundesjugendring e. V.**
  - Fachgespräch zum Thema "**Sternenkinder**"
  - Fachgespräch zum Thema "**Fachkräftemangel in den Kitas und Probleme beim Ausbau der Ganztagsbetreuung**"
  - Fachgespräch mit dem Unabhängigen Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zur Weiterentwicklung der **Pflegezeit** und **Familienpflegezeit**
  - Fachgespräch zur Evaluation der Programme zum **Kinderschutz** sowie der EU-Verordnung und IP-Adressspeicherung nach EuGH-Urteil mit Blick auf kinderschutzrechtliche Aspekte
  - Fachgespräch zum **Bildungs- und Teilhabepaket und der Digitalisierung** unter dem Titel „Chancen der Digitalisierung bei der Bekämpfung von Kinderarmut“
  - Fachgespräch mit den **Jugendmigrationsdiensten** zum Thema „Förderung der sozialen Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“
  - Fachgespräch zum Thema „**Prävention und Intervention bei Gewalt gegen Frauen**“
  - Fachgespräch zur Vorstellung der Studie "**Kindeswohl und Umgangsrecht**"
  - Fachgespräch zur „**Situation der Regenbogenfamilien**“
  - Fachgespräch zum Thema "**Gesellschaftliche Infrastruktur für Demokratie, Teilhabe und Zusammenhalt**"
  - Fachgespräch zum Thema „**Endometriose – Betroffene stärken – Aufklärung, Forschung und Versorgung im Fokus**“
  - Fachgespräch mit der **Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit & Frühe Hilfen**
  - Fachgespräch zu den **Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für geflüchtete Menschen** in Deutschland (Studie „Das ist nicht das Leben - Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für geflüchtete Kinder“)
  - Fachgespräch zum Thema "**Verschickungskinder**"
  - Fachgespräch zum Thema "**Gewalt im Sport an Kindern und Jugendlichen**"
  - Gespräch mit dem **Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung**, Dr. Mehmet Daimagüler
  - Fachgespräch zum Thema „**Social Media und Games – Gefahren und Risiken für Kinder und Jugendliche**“
  - Fachgespräch zum Thema „**Rechtsstatus Careleaver/-in – Bedarfe und Möglichkeiten**“
  - Fachgespräch zum Thema „**Beratungserfahrungen von Alleinerziehenden im Familienrecht**“ (Studie der Universität Bielefeld und der Stiftung Alltagsheld/-innen mit dem Titel „Beratungserfahrungen bei Trennung und Scheidung aus der Perspektive von Ein-Eltern-Familien vor dem Hintergrund von Familien- und Kindschaftsrecht“)



- 
- Fachgespräch zum Thema „**Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**, insbesondere nach der Pandemie“
  - Fachgespräch zu den Empfehlungen „**Gesamtstrategie Fachkräfte in Kitas und Ganztage**“
  - Fachgespräch mit Mitgliedern der **Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin** (Vorstellung des Abschlussberichts)
  - Austausch mit dem Ausschuss für die Rechtsstellung der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter der **Knesset** zum Thema „**Aufarbeitung sexualisierter Gewalt durch die Hamas**“
  - Fachgespräch zur **19. Shell-Jugendstudie**
  - Fachgespräch mit **UN Women Deutschland e. V.**

#### **4. Austausch mit der Bundesregierung**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) war meistens in den Sitzungen des Familienausschusses durch die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz oder den Parlamentarischen Staatssekretär Sven Lehmann vertreten. Zu Beginn eines Jahres haben zunächst die Bundesfamilienministerin Anne Spiegel und danach ihre Nachfolgerin Lisa Paus regelmäßig die Vorhabenplanung des BMFSFJ im Ausschuss vorgestellt.

Der Ausschuss hat regelmäßig Sachstandberichte zu aktuellen Themen vom BMFSFJ angefordert. Diese wurden von den Parlamentarischen Staatssekretären vorgetragen. Darauf folgte eine kurze Aussprache.

Themen der Sachstandberichte waren z. B.:

- Das **Demokratieförderungsgesetz**
- die Bund-Länder-Vereinbarung zum **Ausbau der Ganztagsangebote** für Kinder im Grundschulalter
- die Umsetzung der **Istanbul-Konvention**
- das **Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit**
- die **Kindergrundsicherung** und die Inanspruchnahme des **Kinderzuschlags**
- die **Einsamkeitsstrategie**
- die inklusive Ausgestaltung des **SGB VIII** (Reform)
- der **Mutterschutz nach Fehlgeburten** und die Modernisierung des **Elterngeldanspruchs und des Mutterschutzes für Selbständige**
- die Finanzierung von **Frauenhäusern**
- die EU-Richtlinie zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** und häuslicher Gewalt
- die Stärkung der Strukturen beim **Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt**
- der Abschlussbericht der **Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin** im Zusammenhang mit der evtl. Streichung des **§ 218**
- die **Gewaltschutzstrategie**.

Darüber hinaus fanden im Rahmen der Haushaltsberatungen Gespräche mit der Bundesfamilienministerin zum Einzelplan 17 statt. Der Ausschuss gab im Rahmen der Haushaltsberatungen regelmäßig eine gutachtliche Stellungnahme zum Einzelplan 17 ab.

### III. Internationale Aktivitäten

Die internationalen Aktivitäten des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren in der 20. Wahlperiode thematisch sehr vielfältig. Exemplarisch sollen hierfür einige Beispiele genannt werden:

Von besonderer Bedeutung war die Reise einer Delegation des Ausschusses vom 5. bis zum 10. März 2023 zur **67. Tagung der Frauenrechtskonferenz** der Vereinten Nationen nach New York und daran anschließenden Gesprächen in Washington. Schwerpunkt der Frauenrechtskonferenz war das Thema „Innovation, technologischer Wandel und digitale Bildung für Geschlechtergleichstellung“.

Außerdem führte der Ausschuss 2024 drei **Delegationsreisen** ins Ausland durch: Vom 4. bis 7. Februar 2024 besuchten sieben Abgeordnete **Helsinki**, um sich über die **Seniorenpolitik** und die **Bekämpfung der Einsamkeit** in Finnland zu informieren. Vom 14. bis 17. April 2024 besuchten sechs Abgeordnete **Österreich**, um sich über Maßnahmen im Bereich der **Familienpolitik** und über Möglichkeiten der Unterstützung von Angehörigen im Rahmen der **Pflege** austauschen. Vom 15. bis 18. September 2024 besuchten fünf Abgeordnete **Großbritannien** zum Thema „**Kinder- und Jugendhilfe**“.

Darüber hinaus führten der Ausschuss und die Kinderkommission zahlreiche **Gespräche mit ausländischen Delegationen** durch, zum Beispiel:

Am 5. Juli 2022 empfing der Ausschuss **türkische Parlamentarier/-innen** zu einem Gespräch zur **Gleichstellung** von Frauen und Männern. Im Gespräch mit einer Delegation von weiblichen **Abgeordneten aus Indonesien und Malaysia** am 27. September 2022 stand das Thema „**Frauen in der Legislative**“ im Vordergrund. In einem Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation aus der **autonomen Region Kurdistan im Irak** am 28. September 2022 diskutierten die Abgeordneten über das Thema „Institutionelle Einbindung von **Frauenrechten** und **Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt**“. Am 7. November 2022 fand ein Gespräch mit einer Delegation von fünf **Parlamentarierinnen aus Albanien** zum Thema „**Frauenförderung**“ statt.

Am 21. Juni 2023 empfing der Ausschuss **Mitglieder des südafrikanischen Parlaments** zu einem Austausch über die Themen „**Stärkung der Frauenrechte**“, „**Gewalt gegen Frauen**“ und „**Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit**“. Am 17. Oktober 2023 empfing der Ausschuss eine **Delegation aus Sambia** zu einem Austausch über die Förderung der **politischen Teilhabe von Frauen**. Am 16. November 2023 führte der Ausschuss ein Gespräch mit jungen Nachwuchskräften aus den wichtigsten politischen Parteien in **Albanien** über die **Förderung politischer Nachwuchskräfte** durch.

Die Mitglieder der Kinderkommission führten am 25. April 2024 ein Gespräch mit Prof. Ann Marie Skelton, der **Vorsitzenden des UN-Kinderrechteausschusses**, zur strukturellen Verankerung von Kinderrechten in Deutschland durch.

Am 19. Februar 2024 tauschte sich der Ausschuss mit der **türkischen Kommission für Chancengleichheit** zwischen Frauen und Männern des türkischen Parlaments aus und am 14. Mai 2024 empfing der Ausschuss **Abgeordnete des britischen Unterhauses** zu einem Austausch in Themen der **Kinder- und Jugendhilfe**.

Erneut empfing der Ausschuss zweimal **Delegationen aus der Republik Korea**, einmal am 6. September 2024 Abgeordnete der Democratic Party of Korea zum Thema „Fortbestand der **Friedensstatue** in Berlin“ und einmal am 4. Dezember 2024 eine Delegation des **Korea Women Parlament**

---

**Network** zu frauen- und familienpolitischen Themen. Am 12. November 2024 empfing der Austausch eine **Delegation des nigerianischen Parlaments** zum Thema „**Stärkung weiblicher Parlamentsabgeordneter**“ und am 14. November 2024 eine **Delegation des thailändischen Parlaments** zu einem Austausch über „Gesetzesvorhaben zur Förderung und zum Schutz der Rechte vulnerabler Gruppen, zu sozialen Fragen sowie zur Gleichstellungspolitik“.

Anna Alexandrakis, Referentin

---

## **IV. Anhang**

### **Mitgliederliste in der 20. Wahlperiode**

Vorsitzende: Ulrike Bahr (SPD), stellv. Vorsitzende: Astrid Timmermann-Fechter (CDU/CSU)

#### Ordentliche Mitglieder der Fraktion der SPD (11):

Bahr, Ulrike  
Baldy, Daniel  
Breymaier, Leni (Obfrau)  
Fäscher, Arianne  
Hennig, Anke  
Hostert, Jasmina  
Lahrkamp, Sarah  
Malottki, Erik von  
Ortleb, Josephine  
Ruf, Nadine (ab 12.03.2024)  
Schwartz, Stefan  
Träsnea, Ana-Maria (vom 24.05.23 bis zum 11.03.24)

#### Stellvertretende Mitglieder der Fraktion der SPD (11):

Demir, Hakan  
Diedenhofen, Martin  
Döring, Felix (bis zum 23.05.23 ordentliches Mitglied)  
Glöckner, Angelika  
Kaiser, Elisabeth (bis zum 23.05.23)  
Moll, Claudia (bis zum 01.02.22)  
Lehmann, Sylvia  
Lindh, Helge  
Mascheck, Franziska  
Nickholz, Brian  
Rix, Sönke  
Vontz, Emily (ab dem 24.05.23)  
Yüksel, Gülistan (ab 02.02.22)

---

Ordentliche Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU (10):

Bernstein, Melanie (ab dem 06.02.23)  
Breher, Silvia  
Edelhäuser, Ralph  
Janssen, Anne  
Leikert, Dr. Katja (Obfrau bis 2. Juli 2024)  
Pahlmann, Ingrid (ordentl. Mitglied seit 01.01.2024)  
Storjohann, Gero (bis zum 28.01.23, verstorben)  
Tebroke, Dr. Hermann-Josef  
Timmermann-Fechter, Astrid  
de Vries, Christoph (bis zum 31.12.23)  
Wiesmann, Bettina Margarethe (ordentl. Mitglied ab 20.02.24, Obfrau ab 3. Juli 2024)  
Wulf, Mareike Lotte

Stellevertretende Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU (10):

Bär, Dorothee  
Hoffmann, Alexander (bis zum 19.02.24)  
König, Anne  
Koob, Markus (bis zum 19.02.24)  
Lehrieder, Paul (bis zum 20.02.24 ordentl. Mitglied)  
Magwas, Yvonne  
Nacke, Dr. Stefan  
Rief, Josef  
Rüddel, Erwin  
Schimke, Jana  
Staffler, Katrin (ab 20.02.24)  
Willsch, Klaus-Peter

Ordentliche Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (6):

Fester, Emilia Johanna  
Gambir, Schahina  
Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska (ab 12.03.2024)  
Loop, Denise (Obfrau)  
Schauws, Ulle  
Slawik, Nyke (bis 22.04.24 stellv. Mitglied)  
Stahr, Nina (bis 11.02.24)

---

Stellvertretende Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (6):

Bsirske, Frank (ab 11.07.22)  
Heitmann, Linda  
Kurth, Markus (bis zum 10.07.22)  
Lang, Ricarda (bis 22.04.24 ordentliches Mitglied)  
Tesfaiesus, Awet  
Walter-Rosenheimer, Beate  
Schulz-Asche, Kordula (ab 15.02.22)  
Weishaupt, Saskia (bis zum 14.02.22)

Ordentliche Mitglieder der Fraktion der FDP (5):

Adler, Katja  
Bauer, Nicole  
Gassner-Herz, Martin  
Seestern-Pauly, Matthias (Obmann)  
Tippelt, Nico

Stellvertretende Mitglieder der Fraktion der FDP (5):

Föst, Daniel (bis zum 10.10.22)  
Helling-Plahr, Katrin  
Jensen, Gyde  
Lenders, Jürgen (ab 11.10.22)  
Raffelhüschen, Claudia  
Westig, Nicole

Ordentliche Mitglieder der Fraktion der AfD (4):

Bollmann, Gereon  
Ehrhorn, Thomas  
Harder-Kühnel, Mariana Iris (Obfrau)  
Reichardt, Martin

Stellvertretende Mitglieder der Fraktion der AfD (4):

Gottschalk, Kay  
Höchst, Nicole  
Schmidt, Jan Wenzel  
Storch, Beatrix von

*Bis zum 05.12.23:*

Ordentliche Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. (2):

Akbulut, Gökay  
Reichinnek, Heidi

Stellvertretende Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. (2):

Pellmann, Sören  
Vogler, Kathrin

*Ab 06.12.23:*

Ordentliche Mitglieder der Gruppe Die Linke (1):

Akbulut, Gökay

Stellvertretende Mitglieder der Gruppe Die Linke (1):

Reichinnek, Heidi

Ordentliche Mitglieder der Gruppe BSW (1):

Nastić, Žaklin

Stellvertretende Mitglieder der Gruppe BSW (0):

---

---